



Bekanntmachung

der Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Resolution des 21. Parlamentsforums Südliche Ostsee

Das 21. Parlamentsforum Südliche Ostsee hat in Stettin eine Resolution verabschiedet. Den als Anlage beigefügten Originaltext gebe ich hiermit bekannt.

Kristina Herbst



RESOLUTION

21. Parlamentsforum Südliche Ostsee

**„Saubere Luft als Chance für nachhaltige Entwicklung
im südlichen Ostseeraum“**



RESOLUTION

des 21. Parlamentsforums Südliche Ostsee unter dem Vorsitz des Sejmik der Woiwodschaft Westpommern Szczecin, vom 28. bis 30. September 2025

Das 21. Parlamentsforum Südliche Ostsee hat während seiner Konferenz vom 28. bis 30. September 2025 in Szczecin das Thema:

„Saubere Luft als Chance für eine nachhaltige Entwicklung im südlichen Ostseeraum“

beraten.

Die südliche Ostseeregion spielt eine bedeutende Rolle bei der nachhaltigen Entwicklung der Ostseeanrainerstaaten. Dieser Prozess erfordert Kompromisse zwischen gemeinsamen Zielen und lokalen Problemen, wobei die Anforderungen der Europäischen Union zu berücksichtigen sind. Eine der wichtigsten Herausforderungen für die Regionen ist die Ergreifung kohärenter Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität, da Luftverschmutzung das größte umweltbedingte Gesundheitsrisiko in Europa darstellt. Diese Maßnahmen unterstützen auch die Zielsetzung, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen.

Aufgrund des Inkrafttretens der neuen Richtlinie (EU) 2024/2881 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über Luftqualität und saubere Luft für Europa sind dringende Maßnahmen erforderlich, um die Anforderungen der überarbeiteten Richtlinie zu erfüllen, mit der strengere Luftqualitätsnormen in der gesamten Europäischen Union eingeführt werden. Gleichzeitig ist zu beachten, dass die in diesem Bereich erforderliche Energiewende unter Berücksichtigung der sozialen Gerechtigkeit, der Energiesicherheit und der wirtschaftlichen Gegebenheiten der Regionen geplant und umgesetzt werden sollte.

Diese Abschlussresolution des 21. Parlamentsforums Südliche Ostsee richtet sich an Entscheidungsträger, die verschiedene Ebenen des europäischen Mehrebenensystems vertreten. Dazu gehören:

- Europäisches Parlament und Europäische Kommission,

- Institutionen und Organisationen im Ostseeraum: Ostseerat (CBSS), Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee (HELCOM), Kooperationsnetzwerk „Visionen und Strategien für den Ostseeraum“ (VASAB), Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC), politisches Netzwerk der Subregionen der Ostseeanrainerstaaten (BSSSC), Konferenz der peripheren Küstenregionen (CPMR) – Ostseekommission (BSC), Union der Ostseestädte (UBC), Euroregion Pomerania, Euroregion Baltic, Internationale Seeschiffahrts-Organisation (IMO), nationale und regionale Regierungen und lokale Behörden sowie regionale Partnerparlamente im südlichen Ostseeraum,

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

1. stellt fest, dass:

- a) die neuen Vorschriften zu einer guten Luftqualität und zur Verringerung der Umweltverschmutzung beitragen werden,
- b) die Durchsetzung strengerer Luftqualitätsstandards in der EU sich positiv auf die Gesundheit auswirken und dazu beitragen wird, vorzeitige Todesfälle durch Luftverschmutzung zu verhindern,
- c) die Verschärfung der Luftqualitätsstandards Impulse für die Entwicklung innovativer umweltfreundlicher technologischer Lösungen geben kann,
- d) die Verschärfung der NO₂- und Feinstaub-Standards zu einer Zunahme der Umweltzonen für sauberen Verkehr oder streckenbezogenen Durchfahrtsbeschränkungen in Städten mit hohem Verkehrsaufkommen führen wird,
- e) die Förderung einer nachhaltigen Mobilität und der Erneuerung der Flotte durch emissionsfreie und emissionsärmere Fahrzeuge (emissionsfreie Straßenbahnen, Oberleitungsbusse oder batterieelektrische Busse), der Bau, die Sanierung und die Modernisierung der Infrastruktur für die Bedürfnisse des städtischen Verkehrs dazu beitragen können, den öffentlichen Verkehr im Vergleich zum motorisierten Individualverkehr attraktiver zu machen und gleichzeitig die Luftverschmutzung sowie die Treibhausgasemissionen zu verringern. Dabei ist die Förderung des Fuß- und Radverkehrs zu berücksichtigen,
- f) die Einhaltung der festgelegten Luftqualitätsstandards den touristischen Wert der Regionen steigern wird.
- g) die Umsetzung der Richtlinie in nationale Vorschriften zu einer Änderung der Entwicklungsstrategien der Regionen und Gemeinden führen wird.
- h) die Anpassung an die neuen Anforderungen gesamtgesellschaftlich, insbesondere für Unternehmen und Verwaltungen als auch für die Bevölkerung, zu höheren Kosten führen und sich auf die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Regionen auswirken wird. Da ein Nichttätigwerden aber in jedem Fall weitaus höhere Kosten verursachen wird, ist eine Unterstützung dieser Maßnahme notwendig,

- i) die Kosten der Anpassung an die neuen Anforderungen, wo nötig, abgedeckt werden müssen, damit keine sozialen Schieflagen entstehen.

2. hält Folgendes für notwendig:

- a) eine erhebliche und möglichst rasche Verringerung der Emissionen von Luftschadstoffen, insbesondere von Feinstaub,
- b) die Verringerung der Schadstoffemissionen durch Modernisierung der Heizungssysteme und -geräte in Haushalten,
- c) nachhaltige Dekarbonisierung des Energiesektors,
- d) Raumplanung, die eine Durchlüftung der Städte und die Beseitigung übermäßiger Bodenversiegelung (im Zusammenhang mit der Beseitigung von Wärmeinseln) und die Erhaltung von Frischluftschneisen ermöglicht,
- e) schrittweise Ersetzung übermäßig versiegelter Flächen durch Vegetation, Regengärten und andere Lösungen, die die Wasserrückhaltung erhöhen, und die Temperatur im städtischen Raum senken,
- f) Entwicklung einer blau-grünen Infrastruktur und Förderung von Konzepten der nachhaltigen Stadtentwicklung, u. a. durch den Bau von Pocket Parks in Städten und die Schaffung von grünen Fassaden und Dachbegrünungen,
- g) Förderung des klimaneutralen öffentlichen Nahverkehrs und alternativer Verkehrsmittel für Stadt und Land und der emissionsarmen individuellen Mobilität, einschließlich der Entwicklung des Fuß- und Radverkehrs, die zur Verringerung der Umweltverschmutzung beitragen,
- h) Umsetzung innovativer Technologien bei der Steuerung des Schiffsverkehrs auf See, bei der Kommunikation zwischen Schiffen, Häfen und weiteren Strukturen und die Entwicklung alternativer, klimafreundlicher Antriebstechnologien für Verbrennungsmotoren in der Binnenschifffahrt und Landstromversorgung,
- i) Schaffung günstiger Bedingungen für die Entwicklung einer emissionsarmen Industrie,
- j) Einführung einer Informationskampagne unter Beteiligung lokaler Regierungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) über die negativen Auswirkungen der Luftverschmutzung auf die Gesundheit und das Leben der Bevölkerung,
- k) Durchführung intensiver Aufklärungsmaßnahmen, die die Bevölkerung dazu anregt, Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität zu ergreifen,
- l) Einbeziehung der lokalen Gemeinschaften in die Politikgestaltung in Bezug auf die Luftqualität, was zur besseren Wirksamkeit der umzusetzenden Maßnahmen führen wird,
- m) Entwicklung gemeinsamer Initiativen in der südlichen Ostseeregion zur Wiederherstellung von Ökosystemen und zum Erhalt der biologischen Vielfalt,
- n) Unterstützung der Forschung und Entwicklung innovativer Technologien zur Reduzierung von Luftverschmutzungsemissionen und Sicherstellung des Technologietransfers,

- o) Modernisierung und Erweiterung der Infrastruktur zur Überwachung der Luftqualität,
- p) Durchführung gemeinsamer internationaler Projekte zur Bekämpfung grenzüberschreitender Auswirkungen der Luftverschmutzung,
- q) Schaffung eines speziellen Schutzmechanismus für die südlichen Ostseeregionen, der aus EU- und nationalen Mitteln finanziert wird und darauf abzielt, die sozioökonomischen Auswirkungen der Umsetzung verschärfter Luftqualitätsnormen insbesondere in Regionen mit einem hohen Anteil an Industrie, Verkehr und Landwirtschaft abzumildern und soziale Schief lagen zu verhindern,
- r) Schutz und Förderung solcher traditionellen Wirtschaftsformen, die als Modelle für eine nachhaltige und kohlenstoffarme Wirtschaft die biologische Vielfalt und die Widerstandsfähigkeit ländlicher und küstennaher Gebiete fördern.

3. erwartet überregionale Maßnahmen in den folgenden Bereichen:

- a) Reduzierung der Treibhausgasemissionen,
- b) Umsetzung von Richtlinien zur Intensivierung von Aktivitäten zum Schutz der Luft auf allen Managementebenen und in allen Wirtschaftssektoren,
- c) Minimierung der Auswirkungen der Luftverschmutzung auf die Umwelt, Schutz und Wiederherstellung von Ökosystemen sowie Erhaltung der biologischen Vielfalt,
- d) Erhöhung der Energiesicherheit und die Diversifizierung der Energiequellen,
- e) Intensivierung der Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität, zum Klimaschutz und die Reduktion von Treibhausgasemissionen unter Gewährleistung eines gerechten sozialen Wandels,
- f) Schaffung von Bedingungen für die Umwandlung der Ostseeregion in eine führende Region im Bereich emissionsarmer Technologien, einschließlich der Umsetzung von SO_x- und NO_x-Emissionsgrenzwerten für den gesamten Seeverkehr im Ostseeraum,
- g) Einführung intelligenter Flottenmanagementsysteme zur Kommunikation zwischen Schiffen, Häfen und weiteren Infrastrukturen,
- h) Intensivschulungen, um das Bewusstsein der Bevölkerung für den Schutz der Luft zu schärfen,
- i) Förderung von Lösungen auf der Grundlage moderner emissionsfreier und emissionsarmer Technologien und der Zusammenarbeit der Wissenschaft mit der Wirtschaft, z. B. durch bessere Datensammlung, -verfügbarkeit und besseren Datenaustausch zwischen den Akteuren,
- j) Schaffung der Voraussetzungen für die Entwicklung einer blau-grünen Infrastruktur,
- k) Modernisierung und Erweiterung der Infrastruktur zur Überwachung der Luftqualität,

- l) Entwicklung gemeinsamer Initiativen in der südlichen Ostseeregion zum Wiederaufbau von Ökosystemen und zur Erhaltung der biologischen Vielfalt,
- m) Reduzierung von Luftschadstoffen auch durch Implementierung innovativer Lösungen zur Unterstützung der Reduzierung von Luftschadstoffen, darunter Ammoniak, flüchtige organische Verbindungen ohne Methan (NMVOC), Methan, Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid, Feinstaub und Stickoxide.

4. fordert die regionalen und nationalen Behörden sowie die Europäische Kommission zu Folgendem auf:

- a) Entwicklung von Lösungen für eine nachhaltige Energiewende, ohne die Energiesicherheit zu gefährden,
- b) weitere kontinuierliche Überwachung der Luftqualität, einschließlich Modernisierung und Ausbau der Überwachungsinfrastruktur,
- c) Intensivierung der Bemühungen zur Reduzierung der Luftschadstoffemissionen, insbesondere von Feinstaub,
- d) Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel sowie zur Minderung seiner Ursachen und Auswirkungen,
- e) Unterstützung von Programmen und Projekten, die zur Reduzierung der Schadstoffemissionen beitragen, unter anderem durch die Schaffung spezieller Ausgleichsmechanismen für die Regionen der südlichen Ostsee, mit dem Ziel, die sozioökonomischen Auswirkungen der Umsetzung verschärfter Luftqualitätsstandards abzumildern – insbesondere in Regionen mit einem hohen Anteil an Industrie, Verkehr und Landwirtschaft,
- f) Unterstützung dezentraler/lokaler blaugrüner Infrastrukturprojekte, die zur Reduzierung der Luftschadstoffemissionen beitragen,
- g) Intensivierung der Zusammenarbeit von Einrichtungen, die sich mit der Beseitigung von Umweltverschmutzung insbesondere der Verbesserung des ökologischen und chemischen Zustandes der Ostsee beschäftigen,
- h) Unterstützung und Kofinanzierung von Investitionen in emissionsfreie und emissionsarme Technologien durch finanzielle Hilfen, Förderprogramme und kostenlose Beratungsleistungen für die Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft,
- i) Gewährleistung und Umsetzung von gezielten Schutzmaßnahmen für besonders empfindliche und gefährdete Bevölkerungsgruppen, etwa von Kindern
- j) Entwicklung flottenbasierter Strategien für die Transformation der Ostseeschifffahrt und den Einbau sowie die Förderung alternativer Antriebe in zu beschaffenden Behördenschiffen, auch zur Beschleunigung von Technologietransfers.

5. Das Parlamentsforum Südliche Ostsee hat ein Jugendforum veranstaltet, dessen Forderungen als Annex veröffentlicht werden.

22. Parlamentsforum Südliche Ostsee

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee dankt dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern für seine Bereitschaft, das 22. Parlamentsforum Südliche Ostsee vom 31. Mai bis 2. Juni 2026 zu organisieren.

Sejmik der Woiwodschaft
Ermland-Masuren

Sejmik der Woiwodschaft
Westpommern

Sejmik der Woiwodschaft
Pommern

Landtag
Mecklenburg-Vorpommern

Landtag
Schleswig-Holstein

Bürgerschaft der Freien
und Hansestadt Hamburg

Szczecin, den 30. September 2025

Das Jugendforum des Parlamentsforums Südliche Ostsee hält es für erforderlich, dass:

- die vollständige, schnellstmögliche und überprüfbare Einhaltung und Umsetzung der in der Richtlinie genannten Grenzwerte und Maßnahmen zur Luftqualität in nationales Recht spätestens zu dem in der Richtlinie genannten Umsetzungsdatum erfolgt,
- unbeschadet des unbedingten Bekenntnisses zur vollständigen und rechtzeitigen Einhaltung und Umsetzung der Richtlinie die lokalen Gegebenheiten im Umsetzungsverfahren bestmöglich zu berücksichtigen sind,
- weitere Schritte vorgenommen werden, um über eine schrittweise Begrenzung der Luftverschmutzung durch Umsetzung der Grenzwerte und Maßnahmen der Richtlinie hinaus die schnellstmögliche, vollständige Einhaltung der Grenzwerte der WHO-Empfehlung zu gewährleisten.



REZOLUCJA

XXI Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku

**„Czyste powietrze szansą zrównoważonego rozwoju
w regionie południowego Bałtyku”**



REZOLUCJA

**XXI Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku
pod przewodnictwem Sejmiku Województwa Zachodniopomorskiego
Szczecin, dn. 28-30 września 2025 r.**

XXI Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku obradowało podczas swej konferencji w dniach 28-30 września 2025 r. w Szczecinie nad następującym tematem:

**„Czyste powietrze szansą zrównoważonego rozwoju
w regionie południowego Bałtyku”**

Region południowego Bałtyku jest obszarem odgrywającym istotną rolę w dążeniu do zrównoważonego rozwoju krajów nadbałtyckich. Proces ten wymaga szukania kompromisów pomiędzy wspólnymi celami a problemami lokalnymi, przy jednoczesnym uwzględnieniu wymogów stawianych przez Unię Europejską. Jednym z najważniejszych wyzwań stojących przed regionami jest podejmowanie spójnych działań ukierunkowanych na poprawę jakości powietrza, bowiem jego zanieczyszczenie jest w Europie największym środowiskowym zagrożeniem dla zdrowia. Działania te wspierają również cel, jakim jest osiągnięcie do 2050 roku neutralności klimatycznej.

Z uwagi na wejście w życie nowej Dyrektywy Parlamentu Europejskiego i Rady (UE) 2024/2881 z dnia 23 października 2024 r. w sprawie jakości powietrza i czystszej jakości powietrza dla Europy istnieje konieczność pilnego podjęcia działań w celu sprostania wymogom zmienionej dyrektywy wprowadzającej surowsze normy jakości powietrza w całej Unii Europejskiej. Jednocześnie należy pamiętać, że konieczna w tym zakresie transformacja energetyczna powinna zostać zaplanowana i zrealizowana zgodnie z zasadami sprawiedliwości społecznej, mając na uwadze bezpieczeństwo energetyczne i uwarunkowania gospodarcze regionów.

Adresatami niniejszej rezolucji XXI Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku są decydenci reprezentujący różne szczeble europejskiego systemu wielopłaszczyznowego.

Zaliczamy do nich:

- Parlament Europejski i Komisję Europejską,
- instytucje i organizacje w basenie Morza Bałtyckiego: Rada Państw Morza Bałtyckiego (CBSS), Komisja Helsińska – Komisja Ochrony Środowiska Morskiego Bałtyku (HELCOM), sieć współpracy Wizje i strategię dotyczące Morza Bałtyckiego (VASAB), Konferencja Parlamentarna Morza Bałtyckiego (BSPC), Współpraca Subregionalna Państw Morza Bałtyckiego (BSSSC), Konferencja Peryferyjnych Regionów Nadmorskich Europy (CPMR) – Komisja Morza Bałtyckiego (BSC), Związek Miast Bałtyckich (UBC), Euroregion Pomerania, Euroregion Bałtyk, Międzynarodowa Organizacja Morska (IMO), rządy krajowe i regionalne oraz samorządy terytorialne, a także partnerskie parlamenty regionalne w obszarze południowego Bałtyku,

Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku

1. stwierdza, że:

- a) nowe przepisy przyczynią się do realizacji unijnego celu osiągnięcia dobrej jakości powietrza, ograniczenia zanieczyszczeń i neutralności klimatycznej,
- b) osiągnięcie zaostrzonych norm jakości powietrza w UE wpłynie pozytywnie na zdrowie publiczne i pomoże zapobiegać przedwczesnym zgonom wywołanym zanieczyszczeniem powietrza,
- c) zaostrzenie norm jakości powietrza może być impulsem do rozwoju innowacyjnych rozwiązań technologicznych przyjaznych środowisku,
- d) podwyższenie standardów dla NO₂ i pyłów zawieszonych wymusi wzrost liczby stref czystego transportu lub ograniczeń przejazdu na określonych odcinkach w miastach o dużym natężeniu ruchu,
- e) wspieranie zrównoważonej mobilności, w tym wymiana taboru komunikacji zbiorowej na niskoemisyjny oraz bezemisyjny, a także budowa i modernizacja infrastruktury mogą przyczynić się do uatrakcyjnienia transportu zbiorowego w stosunku do zmotoryzowanego transportu indywidualnego oraz jednocześnie do ograniczenia emisji zanieczyszczeń powietrza, a także gazów cieplarnianych. Należy w tym uwzględnić również wspieranie mobilności pieszej i rowerowej,
- f) osiągnięcie założonych standardów jakości powietrza podniesie walory turystyczne regionów,
- g) implementacja Dyrektywy do przepisów krajowych wpłynie na zmianę polityk rozwoju regionów i gmin,
- h) dostosowanie do nowych wymogów będzie generować wyższe koszty dla przedsiębiorców, administracji oraz obywateli i wpłynie na konkurencyjność

rynkową regionów UE. Ponieważ jednak bezczynność w każdym przypadku spowoduje znacznie wyższe koszty, konieczne jest wsparcie dla tych działań,

- i) koszty dostosowania się do nowych wymagań muszą – tam, gdzie to konieczne – być złagodzone, aby nie powstawały nierówności społeczne.

2. widzi konieczność:

- a) znacznej i możliwie jak najszybszej redukcji emisji substancji zanieczyszczających powietrze, w szczególności zanieczyszczeń pyłowych,
- b) ograniczania niskiej emisji zanieczyszczeń poprzez modernizację systemów i urządzeń grzewczych stosowanych w gospodarstwach domowych,
- c) zrównoważonej dekarbonizacji sektora energetycznego,
- d) planowania zagospodarowania przestrzennego w sposób umożliwiający przewietrzanie miast oraz eliminację nadmiernego utwardzania powierzchni (w związku z eliminacją wysp ciepła),
- e) stopniowego zastępowania nadmiernie utwardzonych powierzchni roślinnością, ogrodami deszczowymi oraz innymi rozwiązaniami zwiększającymi retencję wody i obniżającymi temperaturę w przestrzeni miejskiej,
- f) promowania koncepcji zrównoważonego rozwoju obszarów miejskich i rozwoju błękitno-zielonej infrastruktury poprzez m. in. budowę parków kieszonkowych w miastach oraz tworzenie zielonych elewacji i dachów,
- g) promowania i rozwoju zbiorowego transportu publicznego oraz niskoemisyjnej mobilności indywidualnej, w tym pieszej i rowerowej, wspierających ograniczenie zanieczyszczeń na obszarach miejskich i wiejskich,
- h) wdrażania innowacyjnych technologii w zakresie sterowania ruchem statków na morzu, komunikacji między statkami, portami i innymi obiektami oraz opracowywanie alternatywnych, przyjaznych dla klimatu technologii napędowych dla silników spalinowych w żegludze śródlądowej i zasilaniu brzegowym (z lądu),
- i) tworzenia korzystnych warunków dla rozwoju niskoemisyjnego przemysłu,
- j) podjęcia kampanii informacyjnej, z udziałem lokalnych samorządów oraz organizacji pozarządowych (NGO) na temat negatywnego oddziaływania zanieczyszczeń w powietrzu na zdrowie i życie społeczeństwa,
- k) prowadzenia intensywnej i spójnej edukacji aktywizującej mieszkańców w działania na rzecz poprawy jakości powietrza,
- l) włączania społeczności lokalnych w proces tworzenia polityk w zakresie jakości powietrza, celem podniesienia efektywności wdrażanych rozwiązań,
- m) wypracowania wspólnych inicjatyw w regionie południowego Bałtyku na rzecz odbudowy ekosystemów oraz utrzymania różnorodności biologicznej,

- n) wspierania badań i rozwoju innowacyjnych technologii zmniejszających emisję zanieczyszczeń do powietrza oraz zapewnienia transferu technologicznego,
- o) modernizacji i rozbudowy infrastruktury monitoringu jakości powietrza,
- p) realizacji wspólnych międzynarodowych projektów, mających na celu przeciwdziałanie transgranicznym skutkom zanieczyszczenia powietrza,
- q) utworzenia dedykowanego mechanizmu osłonowego dla regionów południowego Bałtyku, wspieranego ze środków unijnych i krajowych, mającego na celu łagodzenie skutków społeczno-ekonomicznych wdrażania zaostrzonych norm jakości powietrza, szczególnie w regionach o dużym udziale przemysłu, transportu i rolnictwa, aby nie doszło do nierównowagi społecznej,
- r) ochrony i promowania tych tradycyjnych form gospodarowania jako wzorców zrównoważonej i niskoemisyjnej gospodarki o ile wspierają bioróżnorodność oraz odporność rejonów wiejskich i przybrzeżnych.

3. oczekuje działań na poziomie ponadregionalnym w zakresie:

- a) redukcji emisji gazów cieplarnianych,
- b) wdrożenia polityk mających na celu intensyfikację działań zmierzających do ochrony powietrza na wszystkich szczeblach zarządzania i we wszystkich sektorach gospodarki,
- c) minimalizacji wpływu zanieczyszczeń powietrza na środowisko, ochrony i odbudowy ekosystemów oraz utrzymania różnorodności biologicznej,
- d) zwiększenia bezpieczeństwa środowiskowego i energetycznego poprzez budowanie niezależności od surowców nieodnawialnych oraz dywersyfikację źródeł energii,
- e) intensyfikacji działań na rzecz poprawy jakości powietrza, ochrony klimatu oraz redukcję emisji gazów cieplarnianych, z zapewnieniem sprawiedliwej transformacji społecznej,
- f) tworzenia warunków do przekształcenia regionu Morza Bałtyckiego w lidera niskoemisyjnych technologii, w tym wdrożenia limitów emisji SO_x i NO_x dla całego ruchu morskiego w regionie Morza Bałtyckiego,
- g) wprowadzania inteligentnych systemów zarządzania flotami w zakresie komunikacji między statkami, portami i dalszymi strukturami,
- h) intensywnej edukacji zwiększającej świadomość mieszkańców w zakresie ochrony powietrza,
- i) promocji rozwiązań opartych na nowoczesnych technologiach zero- i niskoemisyjnych w oparciu o współpracę między nauką a gospodarką, np. poprzez sprawniejsze zbieranie danych, lepszą dostępność i wymianę danych między podmiotami,
- j) tworzenia warunków do rozwoju błękitno-zielonej infrastruktury,

- k) modernizacji i rozbudowy infrastruktury monitoringu jakości powietrza,
- l) wypracowania wspólnych inicjatyw w regionie południowego Bałtyku na rzecz odbudowy ekosystemów oraz utrzymania różnorodności biologicznej,
- m) redukcji zanieczyszczeń powietrza, również poprzez wdrażanie innowacyjnych rozwiązań przyczyniających się do redukcji tych zanieczyszczeń: m. in. amoniaku, niemetanowych lotnych związków organicznych (NMVOC), metanu, tlenku węgla, dwutlenku siarki, cząstek stałych i tlenków azotu.

4. apeluje do władz na poziomie regionalnym i krajowym, a także do Komisji Europejskiej o:

- a) opracowywanie rozwiązań umożliwiających przeprowadzenie zrównoważonej transformacji energetycznej, w sposób nie pogłębiający zjawiska ubóstwa energetycznego,
- b) dalsze ciągłe monitorowanie stanu jakości powietrza wraz z modernizacją i rozbudową infrastruktury monitoringu,
- c) zwiększenie wysiłków prowadzących do redukcji emisji zanieczyszczeń do powietrza, w szczególności zanieczyszczeń pyłowych,
- d) wspieranie działań adaptacyjnych do zmian klimatu a także przeciwdziałanie tym zmianom,
- e) wspieranie programów i projektów, które przyczyniają się do ograniczenia emisji zanieczyszczeń m.in. poprzez: tworzenie dedykowanych mechanizmów osłonowych dla regionów południowego Bałtyku, mających na celu łagodzenie skutków społeczno-ekonomicznych wdrażania zaostrzonych norm jakości powietrza, szczególnie w regionach o dużym udziale przemysłu, transportu i rolnictwa,
- f) wspieranie rozproszonych/lokalnych projektów błękitno-zielonej infrastruktury, przyczyniających się do redukcji emisji zanieczyszczeń do powietrza,
- g) pogłębienie współpracy pomiędzy instytucjami zaangażowanymi w eliminację zanieczyszczeń środowiska, w szczególności poprawę stanu ekologicznego i chemicznego Morza Bałtyckiego,
- h) wspieranie i współfinansowanie inwestycji zero- i niskoemisyjnych w sposób obejmujący pomoc finansową, programy dotacji i bezpłatne usługi doradcze dla sektora przedsiębiorstw, administracji oraz społeczeństwa,
- i) zapewnienie i wdrożenie ukierunkowanych środków ochrony dla szczególnie wrażliwych i zagrożonych grup ludności, w tym dzieci,
- j) opracowanie flotowych strategii transformacji żeglugi na Bałtyku oraz montowanie i promowanie napędów alternatywnych do nabywanych jednostek pływających dla urzędów administracji, również w celu przyspieszenia transferu technologii.

5. Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku zorganizowało Forum Młodzieży, którego postulaty stanowią załącznik do niniejszej Rezolucji.

XXII Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku

Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku dziękuje Parlamentowi Meklemburgii-Pomorza Przedniego za wyrażenie gotowości do zorganizowania XXII Forum Parlamentów w dniach 31.05-02.06.2026 roku.

Sejmik Województwa
Warmińsko-Mazurskiego

Sejmik Województwa
Zachodniopomorskiego

Sejmik Województwa
Pomorskiego

Parlament Krajowy
Meklemburgii-Pomorza Przedniego

Parlament Krajowy
Szlezwiku-Holsztyna

Parlament Krajowy Wolnego
i Hanzeatyckiego Miasta Hamburg

Szczecin, 30 września 2025 r.

Załącznik
do Rezolucji XXI Forum Parlamentów Regionalnych
Południowego Bałtyku

Forum Młodzieży, działające przy Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku, uważa za konieczne:

- pełne, jak najszybsze i weryfikowalne przestrzeganie i wdrożenie do prawa krajowego dopuszczalnych norm i działań, dotyczących jakości powietrza określonych w Dyrektywie, najpóźniej w terminie w niej określonym.
- optymalne uwzględnienie lokalnych uwarunkowań w procesie wdrażania, bez uszczerbku dla bezwarunkowego zobowiązania do pełnego i terminowego przestrzegania i wdrożenia Dyrektywy,
- niezależnie od stopniowego ograniczania zanieczyszczeń powietrza, zgodnie z Dyrektywą, podjęcie dalszych kroków celem zapewnienia jak najszybszego i pełnego osiągnięcia dopuszczalnych norm, zgodnych z zaleceniami WHO.